

Amtlich bewilligte Cannabis-Klubs

Die Stadt Zürich prüft ein Pilotprojekt für Handel und Konsum des Rauschmittels

In ausgewählten Klubs soll der Verkauf und Konsum von Cannabis erlaubt werden. Die Genfer Idee stösst auch in der Stadt Zürich auf Interesse.

Fabian Baumgartner

Fast wöchentlich rückt die Polizei in Stadt und Kanton Zürich aus, um Indoor-Hanfanlagen auszuheben. Zuletzt fand am Donnerstag eine Razzia in einer Gewerbeliegenschaft in Regensdorf statt. Pflanzen und Einrichtung wurden beschlagnahmt, den Besitzer nahm die Polizei fest. Zumindest in der Stadt Zürich könnte sich das rigide Vorgehen in Zukunft ändern.

Arbeitsgruppe eingesetzt

Die Bemühungen um eine Legalisierung des Cannabis-Konsums haben jüngst Auftrieb erhalten – etwa im US-Bundesstaat Colorado, aber auch hierzulande. Seit geraumer Zeit befasst sich eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern der Städte Basel, Bern, Genf und Zürich zusammensetzt, mit der Thematik. Beteiligt sind Angestellte von Gesundheits- und Sozialdiensten, Polizei und Suchtprävention. Beim nächsten Treffen im Februar wird über einen Vorschlag aus Genf diskutiert, wie die Sendung «Rundschau» des Schweizer Fernsehens berichtete. Die Idee sieht die Schaffung von Klubs vor, in deren Rahmen Cannabis angebaut, vertrieben und von den Mitgliedern konsumiert werden kann. Vorbild ist Barcelona, wo ein solches System bereits seit einiger Zeit besteht. Besprochen werden soll am Treffen die Frage, wie ein solches Projekt umgesetzt werden könnte – etwa wie die Klubs kontrollieren könnten und woher das benötigte Cannabis bezogen werden soll.

In der Stadt Zürich stösst der Vorschlag auf Anklang. «Wir halten die Genfer Idee für interessant», sagt Nicole Disler, Sprecherin des Stadtzürcher Ge-



Die Bemühungen um eine Legalisierung von Cannabis haben jüngst wie hier in Colorado Auftrieb erhalten.

BRENNAN LINSLEY / AP

sundheits- und Umweltdepartements (GUD). Sie bietet eine pragmatische Lösung für den Gebrauch einer Substanz, deren Risiken vergleichbar seien mit jenen von Alkohol und Tabak. Deshalb sei man auch interessiert, bei einem wissenschaftlich begleiteten Pilotprojekt mitzumachen. «Es ist geeignet, um Antworten auf noch ungeklärte gesundheitliche, gesellschaftliche und juristische Fragen zu finden», sagt Disler.

Rückenwind aus der Politik

Städte sind laut dem GUD ein idealer Durchführungsort für das Projekt. «Hier

zeigen sich die Probleme deutlicher, und der Raum ist klar eingrenzbar», sagt Disler. Für die Umsetzung des Projekts braucht es allerdings die Zustimmung des Bundesamts für Gesundheit (BAG). Eine Bewilligung zu erteilen, sei im Rahmen des geltenden Betäubungsmittelgesetzes vorgesehen und möglich, ist Disler überzeugt. «Wir stehen mit dem BAG in Kontakt und haben sowohl beim Direktor als auch beim zuständigen Bundesrat Alain Berset unser Interesse klar kommuniziert.» Ein konkretes Projekt gebe es aber noch nicht.

Das GUD kann sich auch auf den Rückenwind aus der Politik verlassen. In

der Stadt Zürich wurde 2008 die «Volksinitiative für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» vom Stimmvolk gutgeheissen. Der Zürcher Gemeinderat stellte sich zudem im Januar 2013 hinter die Idee eines breit angelegten Forschungsprojekts zu Handel mit und Konsum von Cannabis. Zudem werden «Kiffer» seit dem letzten Oktober nur noch mit einer Busse bestraft. Mit Interesse verfolgt man das Projekt auch beim Polizeidepartement. Richard Wolff halte den Vorschlag für prüfungswert, sagt der Sprecher Robert Soós. Das Projekt müsse sich jedoch innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegen.

PAROLENSPIEGEL

Kanton Zürich

Zonen für erneuerbare Energien

Vor das Volk kommt der Gegenvorschlag der Regierung zu einem Vorstoss der Grünen: Gemeinden sollen Zonen festlegen können, in denen verstärkt auf erneuerbare Energien gesetzt werden muss. Die NZZ empfiehlt ein Nein.

Ja	SP GP GLP CVP EVP AL
Nein	SVP FDP EDU
Stimmfreigabe	BOP

Stadt Zürich

Stadtpräsidentwahlen

In Zürich kämpfen zwei Kandidaten um das Stadtpräsidentenamt.

SP	Corine Mauch (bisher)
FDP	Filippo Leutenegger

Stadtratswahlen

14 Kandidaten etablierter Parteien wollen in die neunköpfige Exekutive.

SP	Corine Mauch (bisher), Claudia Nielsen (bisher), Andre Odermatt (bisher), Raphael Golta
SVP	Nina Fehr-Düsel, Roland Schek
FDP	Andres Törlér (bisher), Filippo Leutenegger
GP	Daniel Leupi (bisher), Markus Knauß
GLP	Samuel Dubno
CVP	Gerold Lauber (bisher)
AL	Richard Wolff (bisher)
SD	Walter Wobmann

Bezirksgerichtspräsidium

Zwei Richter wollen das Präsidium des Bezirksgerichts übernehmen. Die interparteiliche Konferenz unterstützt den Kandidaten der FDP, den heutigen Vizepräsidenten des Bezirksgerichts.

SP	Marie Schurr
FDP	Beat Gut

Weitere Wahlgänge

Weiter werden in der Stadt Zürich die Legislative – aus 1119 Kandidaten von 13 Listen – sowie die Stadtmänner und Stadtamtsfrauen gewählt. Zudem wird im Notariatskreis Enge-Zürich Amtsinhaber Andreas Bachmann von seinem gegenwertigen Stellvertreter, Marco Lucchinetti, herausgefordert.